

Er teilt mit, dass der Antrag „Anbringung eines Schildes ‚Backhaus mit Jahreszahl‘ am Backhaus“ unter TOP 5 von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen wurde, da ein entsprechendes Schild am Backhaus bereits vorhanden ist.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass Vorsitzender feststellt, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Pflegequartiersentwicklung - Vortrag der AWO Gießen
2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
3. Einrichten einer Fischtreppe am Wehr bei der Untersorger Mühle OBR/0954/2022
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2022 -
4. Schaffung der Voraussetzungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einer Bürgersolaranlage - Bürgersolargenossenschaft OBR/0955/2022
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2022 -
5. Anbringung eines Schildes "Backhaus mit Jahreszahl" am Backhaus OBR/0956/2022
- Antrag der FW-Fraktion vom 03.06.2022 -
6. Haifischzähne an markanten Straßenkreuzungen OBR/0957/2022
- Antrag der FW-Fraktion vom 03.06.2022 -
7. Katastrophenschutz - Vorsorge in Gießen-Allendorf OBR/0982/2022
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.07.2022 -
8. Entwässerung Neubaugebiet Gießen-Allendorf OBR/0983/2022
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.07.2022 -
9. Mitteilungen und Anfragen
10. Bürgerfragestunde

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Pflegequartiersentwicklung - Vortrag der AWO Gießen

Herr Dapper und **Herr Scheld** stellen die Pflegequartiersentwicklung anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Fragen anwesender Ortsbeiratsmitglieder und von Bürgern (während einer

Sitzungsunterbrechung von 20:31 Uhr - 20:56 Uhr) werden von Herrn Dapper und Herrn Scheld beantwortet.

2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Die aktuelle Ergebniskontrollliste wird von **Frau Weinel-Greilich**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu Protokoll gegeben und die Aussprache hierzu findet in der nächsten Sitzung statt.

Frau Dr. Richter, SPD-Fraktion, erinnert an den beschlossenen Antrag „*Auffahrhindernisse in der Hüttenbergstraße*“ (Beschluss des Ortsbeirates in der 3. Sitzung am 07.09.2021 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2021, OBR/0248/2021) und bittet, dass der Beschluss nun **endlich umgesetzt werde**.

Ortvorsteher Euler teilt mit, dass Herr Blöcher, der in Vertretung des Ortsvorstehers und der stellv. Ortsvorsteherin als dienstältester Vertreter des Ortsbeirats Allendorf an einem Ortsvorsteher-Gespräch mit den Dezernenten teilgenommen hat, dort darum gebeten hat, dass der Ortstermin wegen der verkehrspolitischen Beschlüsse alsbald stattfindet. Dieser ist bereits seit zwei Jahren ausgefallen.

3. **Einrichten einer Fischtreppe am Wehr bei der Untersorger Mühle** OBR/0954/2022 **- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2022 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, eine Fischtreppe beim Wehr an der Untersorger Mühle einzurichten, ohne die Wehranlage zu entfernen.“

Begründung:

Schon in der Vorlage OBR/0333/2006 wurde ein Antrag zum Anlegen einer Fischtreppe an dieser Stelle gestellt. Außer einer Prüfung, ob das Wehr beseitigt werden könnte, ist bis jetzt in der Sache nichts geschehen.

Aus kulturhistorischer Sicht und im Rahmen der Erhaltung der Biodiversität ist die Fischtreppe wichtig bei gleichzeitiger Erhaltung der Wehrfunktion. Dann können die Fische ungehindert bis zum Wehr in der Untergasse aufsteigen. Die Fischtreppe könnte mit einfachen Mitteln errichtet werden: beim Neubau der Brücke über den Kleebach wurden seinerzeit die großen Steine des Brückenauflegers beim Friedhofsamt zwischengelagert. Auch beim Aussichtsgipfel in Gießen-Allendorf liegt eine große Anzahl großer Steine. Diese Steine könnten mit relativ geringem Aufwand und Kosten unterhalb des Wehrs in das Bachbett eingebracht werden und damit würde eine Fischtreppe entstehen. Der ortsansässige Angelverein steht bei Bedarf als Berater, zur Unterstützung und Umsetzung des Projekts mit zur Verfügung. Auf den Beispielbildern (siehe Anlage) ist zu sehen, wie das aussehen könnte.

Herr Blöcher trägt für die SPD-Fraktion den Antragstext und die Begründung vor.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Kramer und die Sachverständigen Bernd Langsdorf und Hans-Georg Volk.

Während dieser Diskussion macht **Herr Volk** als Vertreter des Angelvereins darauf aufmerksam macht, dass das Wehr schon aus geschichtlichen Gründen erhalten werden müsste, da es auch deshalb eine Bedeutung habe.

Herr Langsdorf als Wasserrechtsinhaber merkt an, dass bei Schleifung des Wehres, der Mutterbach leer fallen würde. Er schlägt vor, mit dem Inhaber der Untersorger Mühle und der Stadt Gießen zu sprechen, ob nicht eventuell der Mühlgraben wieder aktiviert werden könnte, ggf. zur Stromgewinnung und die Fische können dann auch den Mühlgraben barrierefrei nutzen.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

4. **Schaffung der Voraussetzungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einer Bürgersolaranlage - Bürgersolargenossenschaft** OBR/0955/2022
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2022 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, die Voraussetzungen zu schaffen, damit in der Gemarkung Allendorf/Lahn auf ungenutzten Freiflächen, als Überdachung versiegelter Parkplatzflächen oder auf öffentlichen oder privaten Gebäuden Photovoltaikanlagen geschaffen werden. Dies kann gerne auch auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden.

Mit den Stadtwerken Gießen soll dabei eine Möglichkeit geprüft werden, eine Genossenschaft (ähnlich der der Bürgersolargenossenschaft Sonnenland eG in Buseck) zu gründen, damit sich Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen können, um einen Beitrag für die Energiewende - weg von fossilen Brennstoffen und hin zu erneuerbaren Energien - zu leisten.“

Begründung:

Im Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn haben wir bereits einige Initiativen auf den Weg gebracht, um möglichst viel Energie über Photovoltaik zu erzeugen. Dankenswerterweise haben Stadthallen GmbH gemeinsam mit den Stadtwerken Gießen auf der Sport- und Kulturanlage eine recht große Anlage installiert. In der letzten Sitzung des Ortsbeirats haben wir zudem angeregt, auch auf anderen öffentlichen Gebäuden, die nicht unter Denkmalschutz stehen, ähnliches vorzusehen. Nun möchten wir aber auch gerne noch eine Initiative starten, um eine Bürger-Solaranlage zu ermöglichen, denn die Bereitschaft der Bürger/innen, auf dem eigenen Dach eine Photovoltaik-Anlage zu errichten, ist zwar groß, aber viele Bürgerinnen und Bürger haben keine geeigneten Dachflächen dazu. Aber auch sie möchten gerne ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Land möglichst schnell aus fossilen Energieträgern herauskommt.

Wegen der Klimaerwärmung besteht ohnehin großer Druck, aus den fossilen Energieträgern herauszukommen und auf erneuerbare Energien wie z.B. die Sonnenenergie zu setzen.

Putins Krieg gegen die Ukraine und die europäische Abhängigkeit von Russlands Gas, Öl und Kohle zeigen, dass der Druck jetzt noch sehr viel höher ist. Dabei sind wir alle gefordert!

Deutschland ist Energie-Importland, denn über 70% der Energie tragenden Rohstoffe

werden importiert. Deutschland ist auch weltweit die einzige große Wirtschaftsnation, die den Ausstieg aus der Kernenergie endgültig beschlossen hat, was die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zunächst steigern wird. Mehr Unabhängigkeit bieten Anlagen, die auf nachhaltige Energieformen, insbesondere Sonnenenergie, setzen. Deutschland liegt nicht in der Sahara, aber Deutschland ist dennoch „Sonnenland“. Jede direkt aus der Sonne gewonnene Energiemenge ist ein Mehr an Unabhängigkeit und Klimaschutz.

Die direkteste Art der Energiegewinnung aus Sonnenenergie ist die Umwandlung von Licht in Strom mittels Photovoltaik. Energie von der Sonne kann jedoch nur in der Fläche gewonnen werden. Jedes einzelne Flächenstück trägt daher zum Ertrag bei. Durch den Einsatz von Photovoltaik auf Dachflächen ist Energiegewinnung im Gegensatz zu herkömmlichen Kraftwerken fast unsichtbar und vor allem emissionsfrei. Heutige Photovoltaikanlagen sind ökologisch unzweifelhaft sinnvoll, denn sie erzeugen viel mehr Energie als bei ihrer Herstellung verwendet wurde. Viele Mitmenschen haben sich bereits dieser Thematik angenommen, etliche andere wollen sich jetzt selbst engagieren.

Damit der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern gelingt, ist diese nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern sollte auch eine gesellschaftliche Selbstverpflichtung sein.

Jedes Gemeinwesen - auch die Bürgerinnen und Bürger Allendorfs - sollten dazu einen Beitrag leisten!

Wenn man nicht selbst für sich oder als Einspeiser ins öffentliche Netz auf eigene Kosten aus Sonnenlicht Strom erzeugen will oder kann, sollten hier weitere Ansätze geboten werden. Die Bürgersolargenossenschaft „Sonnenland eG“ in Buseck ist vor über zehn Jahren diesen Schritt bereits gegangen.

Sie bietet die Möglichkeit einer Mitunternehmerschaft bzw. einer Beteiligung an. Hier können Dachbesitzer für die Bereitstellung seines Daches zur Nutzung durch Photovoltaik als Gegenleistung eine Pacht erhalten. Man kann selbstverständlich auch Mitglied werden und so vom Erfolg der Genossenschaft profitieren. So kann man, wenn man möchte, sich in angemessener Höhe finanziell direkt an der Anlage auf seinem Dach beteiligen.

Ohne eigene Dachfläche kann man sich an anderen Photovoltaikanlagen der Genossenschaft beteiligen. Die oben genannte Genossenschaft verfügt über mehrere Solarparks. Der Erfolg der Genossenschaft wird auf ihre Mitglieder im Verhältnis ihrer Beteiligung aufgeteilt. In der Gemeinschaft aller Genossenschaftler ist man quasi „Mitunternehmer“ und man teilt mit allen anderen Mitgliedern somit ebenso das unternehmerische Risiko wie den unternehmerischen Erfolg.

Als Genossenschaftler ist man an der Genossenschaft unternehmerisch beteiligt. Die Stimme des Genossen zählt demokratisch, und zwar völlig unabhängig von der Höhe der Beteiligung. Man wählt mit, wenn aus den Reihen der Genossenschaftler der Aufsichtsrat gewählt wird, der wiederum Mitglieder der Genossenschaft zum Vorstand bestellt. Sämtliche unternehmerische Tätigkeit wird vom Vorstand der Genossenschaft abgewickelt. Die Genossenschaft ist die insolvenzsicherste Rechtsform in Deutschland, denn sie muss sich regelmäßig vom Genossenschaftsverband, deren Mitglied sie ist, prüfen lassen.

Die Stadtwerke Gießen werden gebeten, mit ihrer Kompetenz im Ortsbeirat über diese Thematik zu beraten, damit zeitnah alle Vorbereitungen für diese bürgerliche Gemeinschaftsaufgabe gestartet werden können.

Ortsvorsteher Euler ergänzt die Begründung aus seiner Sicht wie folgt: Die derzeitigen Förderprogramme förderten PV-Anlagen lediglich in Verbindung mit Dämmung oder Heizungsumstellung. Dennoch sei es zur jetzigen Zeit wegen der Versorgungsengpässe infolge Putins Krieg und der

Verantwortung hinsichtlich des Klimas eine gesellschaftliche Verantwortung, dass man nicht nur auf den Staat wartet, sondern auch private Initiative ergreift. Er selbst habe seit Dienstag eine PV-Anlage auf dem Dach, die allerdings noch angeschlossen werden müsse. Jede Kilowattstunde, die nicht aus dem öffentlichen Netz abgezogen würde und jede durch erneuerbare Energien erzeugte Kilowattstunde, die dem öffentlichen Netz zur Verfügung gestellt werde, helfe, die bevorstehenden Versorgungsprobleme zu lindern. Man dürfe zudem die Frage, ob man privat eine PV-Anlage installieren lässt, nicht - wie ein BWL-Student - nach reinen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und insbesondere nach der Frage der Amortisation betrachten. Vielmehr steigere eine solche Anlage auch den Wert des Hauses und man schafft was Nachhaltiges für die Kinder und Enkel, was den Wert des Hauses betrifft und die ein lebenswertes Klima.

Da sich aber nicht jeder dieses privat leisten könne oder keine Umbaumaßnahmen selbst organisieren und trotzdem etwas für die Umwelt und Energiesicherheit tun möchte, ist das vorgeschlagene Projekt ideal. So kann man sich einfach an einer guten Sache beteiligen.

Die Stadt sollte brache und ungenutzte Flächen benennen (denkbar wären ein Teil des Südhangs der ehemaligen Kreisabfalldeponie sowie die Dämme von Bahn und Bundesstraße B 49) und Flächen auf öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stellen. Private könnten ihre Dächer verpachten.

Wichtig ist jedenfalls, dass wir nicht warten, sondern dass sich jeder verantwortlich fühlt: Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Bürger/innen.

Damit keine Zeit vergeht, sollen für die nächste Sitzung Vertreter der Stadtwerke Gießen und der Sonnenland eG eingeladen werden, um Wege aufzuzeigen, wie das Projekt vorangetrieben werden kann.

Nach ausführlicher Diskussion, an der sich Frau Dr. Richter, Ortsvorsteher Euler, Herr Kramer und Herr Schneider beteiligen und einer kurzen Sitzungsunterbrechung (21:36 Uhr - 21:41 Uhr), in der Bürger zu Wort kommen, **ändert die antragstellende Fraktion ihren Antrag wie folgt:**

„Der Magistrat wird gebeten, die Voraussetzungen zu schaffen, damit in der Gemarkung Allendorf/Lahn auf ungenutzten Freiflächen, als Überdachung versiegelter Parkplatzflächen oder auf öffentlichen oder privaten Gebäuden Photovoltaikanlagen geschaffen werden. Dies kann gerne auch auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden.

Mit den Stadtwerken Gießen soll dabei eine Möglichkeit geprüft werden, eine Genossenschaft (ähnlich der der Bürgersolargenossenschaft Sonnenland eG in Buseck) zu gründen, damit sich Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen können, um einen Beitrag für die Energiewende - weg von fossilen Brennstoffen und hin zu erneuerbaren Energien - zu leisten.“

Zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates sollen Vertreter der SWG und der Bürgersolargenossenschaft ‚Sonnenland eG‘ eingeladen werden, um zu berichten, in wie weit in der Stadt Gießen, von Allendorf ausgehend, das Projekt ‚Bürgersolargenossenschaft/Bürgersolaranlage‘ umsetzbar ist.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

Backhaus
- Antrag der FW-Fraktion vom 03.06.2022 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten an das Backhausgebäude ein Schild ‚Backhaus mit Jahreszahl der Erbauung‘ anzubringen.

Beratungsergebnis: Zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.

6. Haifischzähne an markanten Straßenkreuzungen
- Antrag der FW-Fraktion vom 03.06.2022 -

OBR/0957/2022

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten die zuständige Stelle anzuweisen, Haifisch-Zähne an markante Straßen aufzuzeichnen.“

Begründung:

Haifischzähne heben eine Wartepflicht an bestimmten Orten hervor und zwar an Knoten mit Rechts-vor-links-Regelung. Es soll eine Wartepflicht infolge einer bestehenden Rechts-vor-links Regelung oder von „Vorfahrt gewähren“ hervorgehoben werden (z.B. Triebstraße/am Sportplatz; Zehntfrei/Ehrsamer Weg/Kasimir).

Nach erfolgter Diskussion, an der sich Herr Schneider, Frau Katz und Frau Weinel-Greilich beteiligen, regt Herr Schneider, SPD-Fraktion, an, in der Begründung den Klammerzusatz noch um die Straßen *„Über der Seife, Bergstraße, Am Weinberg, Hochstraße, Kahlweg, Am Alten Steinbruch, Am Gallichten“* zu ergänzen.

Betreffend kaum noch sichtbarer Piktogramme erinnert **Herr Schneider**, SPD-Fraktion, an die Tempo 30-Piktogramme und **Herr Kramer**, CDU-Fraktion, an die Spielplatz-Piktogramme auf den entsprechenden Straßen.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig beschlossen.

7. **Katastrophenschutz - Vorsorge in Gießen-Allendorf**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.07.2022 -

OBR/0982/2022

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu informieren:

1. Welche Vorsorgemaßnahmen in/für Allendorf getroffen wurden, um auch im Fall lang anhaltender Ausfälle/ massiver Einschränkungen der Gas-, Wasser- und Stromversorgung sehr jungen, alten und kranken Menschen einen warmen trockenen Ort sowie Verpflegung und eine ihnen angemessene sanitäre Situation zur Verfügung stellen zu können, z.B. in der Sport- und Kulturhalle.

2. Welche Vorsorgemaßnahmen in oder für Allendorf getroffen wurden, damit im Fall lang anhaltender großflächiger Stromausfälle möglichst wenige Lebensmittel in Tiefkühltruhen verderben, sondern einer Gemeinschaftskühlung und Gemeinschaftsverpflegung zugeführt werden können.

3. Wie im Fall von gleichzeitigen Ausfällen aller großflächigen digitalen Netze (Tetra-BOS, Mobilfunk, Telefon, Kabelfernsehen, Internet, Satelliten-Internet), z.B. durch Sabotage im Rahmen von Konflikten die Feuerwehr in Gießen-Allendorf, sowie seitens der Bürger der Rettungsdienst nach Gießen-Allendorf alarmiert werden kann. Sowie dann der Rettungsdienst ggf. einen Notarzt nachfordern, sowie erfahren kann/ angewiesen wird, welches Krankenhaus er anfahren soll. Wie kann dann die Sirene in Gießen-Allendorf lokal, sowie wie auf Anweisung der Leitstelle aktiviert werden und in welchen Häusern des Ortes ist sie, auch bei geschlossenen Fenstern und Rolläden laut genug, um die Bewohner zu wecken?

4. Wann können wieder alle Feuerwehrleute in Gießen-Allendorf über Funk durch die Leitstelle alarmiert werden, wenn sie zuhause sind und wie soll dies realisiert werden?“

Begründung:

Seit dem/durch das Hochwasser, vor einem Jahr im Ahrtal, haben sich viele Anfälligkeiten, u. a. im digitalen Behördenfunknetz offenbart. In Folge des Kriegs in der Ukraine ist das Risiko von und durch langanhaltender Infrastruktur Ausfälle weiter gewachsen, so dass lokale Vorhaltungen für großflächige Ausfälle so relevant sind wie schon lange nicht mehr. Zu 4.: die Freiwillige Feuerwehr Gießen-Allendorf hat schon wiederholt darauf hingewiesen, dass einige ihrer Einsatzkräfte nicht mehr per Funk seitens der Leitstelle alarmiert werden können, seit deren Alarmierung auf das digitale Behördenfunk-Netz umgestellt wurde. Bisher haben diese aber weder auch über WLAN anbindbare Pager gekommen, noch wurde bislang ein Füllsender aufgestellt, welcher es wieder ermöglicht alle Feuerwehrleute seitens der Leitstelle über Funk zu alarmieren.

Herr Blöcher, SPD-Fraktion, bittet Herrn Kramer den Antrag in der Beratung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um zunächst noch mal das persönliche Gespräch mit dem Wehrführer bzw. der Allendorfer Feuerwehr zu diesem Thema zu suchen.

Herr Kramer erklärt sich damit einverstanden und stellt den Antrag zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

**8. Entwässerung Neubaugebiet Gießen-Allendorf
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.07.2022 -**

OBR/0983/2022

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird geben zu informieren, welche Regenwassermengen durch das neue Neubaugebiet in den Kanal und in den Kleebach geleitet werden, sowie welche Regenwassermengen dem Grundwasser zugeführt werden.“

Herr Kramer, CDU-Fraktion, trägt den Antrag und die Begründung vor.

Herr Schneider, SPD-Fraktion, und **Ortsvorsteher Euler** merken an, dass sämtliches Oberflächenwasser in einem großen Rückhaltebecken (unterirdisch in der Nähe des Kreisels) gesammelt werde und dieses Wasser in den letzten Teich vor dem Damm abgebe. Durch den Bebauungsplan müssen außerdem die Hauseigentümer das auf den Dächern ihrer Häuser anfallende Wasser in großen Zisternen sammeln. Zudem sei vor einigen Jahren bei der Baumaßnahme „Am Zehntfrei“ die Kapazität des Kanalsystems erweitert worden. Diese Erkenntnisse seien dem Ortsbeirat seinerzeit mitgeteilt worden. Man müsse die Stadtverwaltung deshalb nicht mit einem neuerlichen Berichtsantrag beschäftigen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Ja: CDU; Nein: SPD, GR).

9. Mitteilungen und Anfragen

Ortsvorsteher Euler informiert, dass sich der Ortsbeirat Lützellinden in seiner

letzten Sitzung mit der ÖPNV-Situation befasst habe. Dort wurde eine Linie 4 (Allendorf - Ringallee) und eine Linie 1 (die direkt nach Lützellinden und damit praktisch an Allendorf vorbeigehe) ins Gespräch gebracht. Hierzu habe er bereits mit Herrn Bürgermeister Wright Kontakt aufgenommen und gebeten, dass die Entwurfsplanungen vorab in einem Gespräch mit dem Ortsvorsteher und der stellv. Ortsvorsteherin erörtert und sodann dem Ortsbeirat vorgestellt werden. Er habe wegen der Problematik der Endhaltestelle bzw. Buswendens einen konstruktiven Vorschlag unterbreitet.

Weiter informiert er kurz über die Planungen zur 1250 Jahrfeier und darüber, dass sich die Vereinsgemeinschaft auf eine Großveranstaltung geeinigt habe.

Folgende anstehende Termine/Feiern stehen noch an:

- Backhausfest am 20.8.2022,
- Bouleturnier am 27.8.2022 und
- Weinfest am 17.9.2022.

Frau Dr. Richter, SPD-Fraktion, teilt mit, dass am 26. August eine Spendenaktion der Vereinsgemeinschaft zugunsten der Gießener Tafel stattfinden werde. Sechs Teams werden am späten Nachmittag unterwegs sein und um Lebensmittelspenden aus dem häuslichen Vorrat bitten.

Herr Blöcher, SPD-Fraktion, teilt mit, dass die Wasserzapfstelle (ehem. Hochbehälter Obergasse) noch immer nicht repariert ist.

10. Bürgerfragestunde

Herr Hans-Georg Volk bittet die Stadtverwaltung, die über dem Kleebach umgefallenen Bäume (parallel zur Triebstraße) zu beseitigen, weil sie Gefahrpotential darstellen. Zumal bei Hochwasser diese Bäume auch die Brücken im Unterlauf beschädigen können oder den Hochwasserabfluss behindern.

Herr Langsdorf macht zudem darauf aufmerksam, dass auch die Bach begleitenden Weiden ein Problem darstellen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **13.09.2022, um 20:00 Uhr** statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 05.09.2022, 08:00 Uhr.

**DER ORTSVORSTEHER:
SCHRIFTFÜHRERIN:**

DIE STELLV.

(gez.) Euler

(gez.) Allamode